Rainer Rilling

Zur Geschichte der Sozialismusanalyse in der intellektuellen Linken der BRD seit Mitte der 60er Jahre

Anzahl und Umfang wissenschaftlicher Analysen der sozialistischen Länder im Umkreis der intellektuellen Linken der BRD stehen in einem merkwürdigen Mißverhältnis zur überragenden Bedeutung, welche der Stellung zu diesen Ländern innerhalb politischer Auseinandersetzungen gerade auch in dieser Linken selbst zugemessen wird. Trotz einiger Veränderungen in neuester Zeit läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß hier enorme Defizite vorliegen, deren Beseitigung unmittelbar zur Versachlichung der Diskussion innerhalb der intellektuellen Linken der BRD beitragen könnte. Welche wissenschaftlichen Problemstellungen sich dabei gegenwärtig ergeben, hängt von politischen wie innerwissenschaftlichen Faktoren ab. Betrachtet man die Entstehung und Entwicklung wissenschaftlicher Sozialismusanalyse innerhalb der politischen Linken seit Mitte der sechziger Jahre, so lassen sich im wesentlichen *drei große Entwicklungsphasen* unterscheiden: die erste dauert bis Ende 1966/Anfang 1967; die zweite Phase endet in einer längeren Umbruchsperiode zwischen 1970/1972; die letzte Entwicklungsetappe dauert gegenwärtig noch an. Diese Zeiträume markieren wissenschaftliche und politische Orientierungen, die für wesentliche Teile der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland jeweils charakteristisch waren.

Die Periode bis 1966/1967

Innerhalb der offiziellen Kommunismusforschung dominierte bis Anfang der 60er Jahre unbestritten die Totalitarismustheorie. Sie wurde dann sukzessive — wenn auch keineswegs vollkommen — durch die Industriegesellschaftstheorie zurückgedrängt, die politisch als orientierende Leitkonzeption sozialliberaler Ostpolitik fungierte und wesentlich aus den USA importiert war.

Von diesen Theorien unterschied sich die Position der im wesentlichen im Umkreis des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) repräsentierten intellektuellen Linken in der BRD vor allem in zweierlei Hinsicht. Sie *kritisierte scharf den Antikommunismus und Antisozialis-*

mus der Totalitarismustheorie. Ihre instrumentelle Funktion sei die Absicherung bürgerlicher Herrschaft, ihre Kennzeichen unhistorischer Formalismus und die Tendenz zur Personalisierung. Einer solchen Kritik der antikommunistischen Denunziation der sozialistischen Länder durch die Totalitarismustheorie entsprach aber keineswegs ein positives oder auch nur begrifflich entwickeltes Sozialismusbild.

In der *Stellung zur nationalen Frage* läßt sich ein zweites eindeutiges Unterscheidungsmerkmal sehen: wenn der SDS in der Deutschlandpolitik die Aufnahme normaler Völkerrechtsbeziehungen — also die Anerkennung der DDR — forderte, war dies der herrschenden Wiedervereinigungsideologie frontal entgegengesetzt. Die Nichtanerkennung der DDR sollte das juristisch-politische und ökonomische Feld der Intervention in die inneren Angelegenheiten der DDR absichern und offenhalten. Der Zusammenhang zwischen einer solchen äußeren Expansionsdrohung und innerer antisozialistischer Repression lag zu einem Zeitpunkt klar auf der Hand, zu dem Kommunisten in der BRD wegen der Forderung nach Anerkennung der DDR ins Gefängnis kamen. Keineswegs aber wiederum wurde von der antisozialistischen Politik der damaligen Bundesregierungen auf eine sozialistische Qualität der DDR geschlossen. Eine öffentliche positive Bewertung der DDR hätte zudem sofort massive Sanktionen mit sich gebracht. Auch verlor diese Frage dann für einen beträchtlichen Teil der nichtkommunistischen Linken in dem Maß an Bedeutung, in dem die Forderung nach Anerkennung der DDR aufgrund außenpolitischer Anpassungsvorgänge der US-amerikanischen Strategie und innenpolitischer Kräfteverschiebungen im politischen Kalkül des an Kraft gewinnenden Sozialliberalismus in der BRD Platz gewann. Soweit man zum sozialen Gehalt der nationalen Frage vorgestoßen war und nach dem gesellschaftlichen Charakter eines wiedervereinigten Deutschlands gefragt hatte, war die Antwort recht klar: eine Wiedervereinigung hätte auf sozialistischer Grundlage zu erfolgen, die DDR jedoch stelle keine sichtbare gesellschaftspolitische Alternative für die kapitalistische BRD dar. Hier zeigt sich ein eindeutiges Zusammenfallen von bürgerlich-sozialliberaler und sozialistischer Einschätzung der sozialistischen Länder, denn die Behauptung, daß es zur bürgerlich-kapitalistischen Ordnung keine Alternative gebe, steht im Zentrum bürgerlicher Ideologie und wissenschaftlicher Erforschung der sozialistischen Länder.

In den theoretischen Organen der intellektuellen Linken findet man in dieser Phase daher auch keine Analyse der sozialistischen Länder, die man materialistisch nennen könnte. Charakteristisch ist eher, daß das Sonderheft 1964 der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« zur Soziologie der DDR, durch welches in breiter Front die

Industriegesellschaftstheorie als analytisches Konzept und theoretische Basis der DDR-Forschung im Zeichen der sich wandelnden sozialliberalen Ostpolitik etabliert werden sollte, in dem theoretischen Organ des SDS »neue kritik« recht positiv rezipiert wurde.[1] Die kritisch gemeinten Vorbehalte bezogen sich vor allem auf noch vorhandene Elemente des scheinbar obsolet gewordenen Totalitarismuskonzepts. Bemerkenswert aber immerhin, daß bereits damals die Industriegesellschaftstheorie als unhistorisch kritisiert und damit genau dort getroffen wurde, wo nach ihrem Selbstverständnis der genuine Fortschritt gegenüber der Totalitarismuskonzeption lag: die *Entwicklung* in den sozialistischen Ländern — markiert spektakulär durch die »Entstalinisierung« und die »Wirtschaftsreformen« — zu erfassen. Der imperialistische Gehalt dieser Industriegesellschaftstheorie freilich wurde nicht erkannt[2] und insofern kann festgestellt werden, daß eine Loslösung von den Theorien, Interpretationen und Konzeptionen bürgerlicher Provenienz nicht vorhanden war.

Einen pointierten Schlußpunkt unter diese erste Entwicklungsetappe setzte eine im Dezember 1966 gemeinsam von SDS und FDJ durchgeführte Veranstaltung, über die in der »neuen kritik« unter der Überschrift » Ende und Anfang einer sozialistischen Deutschlandpolitik — das Seminar von FDJ und SDS« berichtet wurde.[3] Das Seminar konstatierte, daß den SDS die Deutschlandpolitik als Wiedervereinigungspolitik »nicht mehr bewegt« und es zu einer »Schwergewichtsverlagerung« in der SDS-Politik » von der Deutschlandpolitik zur Vietnampolitik gekommen sei. Die Sensibilität für das, was als »Wichtigstes« bezeichnet wurde — »der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution in Vietnam und den übrigen Ländern der Dritten Welt« —, das Engagement des SDS für die antiimperialistische Solidarität mit den Völkern Indochinas korrelierte mit einem Einschätzungswandel der Politik der sozialistischen Länder. Man hob einerseits die Schutzfunktion dieser Staaten gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen hervor,[4] interpretierte aber andererseits die Politik der friedlichen Koexistenz und das Theorem, daß Revolutionen nicht exportiert werden könnten, als Ausdruck einer strategisch defensiven Politik, partiell sogar bereits als Teil eines tendenziell konterrevolutionären Komplotts der atomaren Supermächte UdSSR und USA.[5] Die These von der »historischen und aktuellen Nicht-Attraktivität« gerade etwa »der DDR als einer Alternative für die BRD« wurde nunmehr mit dem außenpolitischen Verhalten im Kontext des internationalen Klassenkampfes begründet.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten steht am Beginn der zweiten Periode eine deutliche *Differenzierung* innerhalb der Sozialismusanalyse, welche praktische Erfahrungen der Studentenbewegung reflektierte. Die demokratische Studentenbewegung war 1966/67 in den antiautoritären, antiimperialistischen und antikapitalistischen Auseinandersetzungen zu der Erkenntnis vorgestoßen, daß die Lösung der *Eigentumsfrage* eine entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung all der Probleme war, mit denen sich die Studentenbewegung konfrontiert sah. Die Losung »Enteignet Springer« mag an dieses Bewußtsein — das eben auch noch stark orientiert war an Fragen der ideologisch-politischen Sphäre — erinneren. Ein Teil der sozialistischen Linken konstatierte nun, daß in den sozialistischen Ländern diese Eigentumsfrage offenbar im progressiven Sinn gelöst war. Trotz verstaatlichter Produktionsmittel existierten in diesen Ländern jedoch Formen des politischen Systems, die dem Sozialismusbild der damaligen Studentenbewegung diametral widersprachen. Sie wurden als rückschrittlich, repressiv und geradezu vorbürgerlich eingeschätzt. Die wissenschaftliche und politisch-ideologische Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern ist für einen großen Teil der politischen Linken in den folgenden Jahren daher geprägt von der Konfrontation mit diesem *Konzept von der widersprüchlichen Struktur zwischen »progressiver« Basis und »rückschrittlichem« politisch-ideologischem Überbau.* Daneben steht eine zweite, die bisherige Tradition weitgehend fortsetzende Entwicklungsrichtung in der Sozialismusanalyse. Sie beschränkt sich zumeist auf die Analyse des *politischen* Systems. Auf eine materialistische Begründung des sozialen Inhalts und der spezifisch-historischen Form dieser Systeme wird mehr oder weniger offen verzichtet. Die genannte Widerspruchsbeziehung kann ihr daher nicht zum Problem werden, die Eigentumsfrage erscheint ihr irrelevant oder zumindest zweitrangig. Hier haben die Theorien der Frankfurter Schule, die Rezeption der »Praxis«-Philosophie einiger jugoslawischer Soziologen und Philosophen und vor allem die Theorien Herbert Marcuses ihren Stellenwert. Eine dritte, erst in Ansätzen vorhandene Richtung, ging vom prinzipiell alternativen, d.h. sozialistischen Charakter dieser Länder aus.

Beispielhaft für die zweite Richtung etwa die Einschätzung in Marcuses 1964 in der BRD erschienenem »Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus«, wo es heißt:

»Dem grundlegenden Unterschied zwischen der westlichen und der sowjetischen Gesellschaft geht eine starke Tendenz zur Angleichung parallel. Beide Systeme zeigen die allgemeinen Züge der spätindustriel-

len Zivilisation: Zentralisierung und Rationalisierung treten an die Stelle individueller Wirtschaft und Autonomie, die Konkurrenz wird organisiert und rationalisiert; es gibt eine gemeinsame Herrschaft ökonomischer und politischer Bürokratien; das Volk wird durch die »Massenmedien« der Kommunikation, die Unterhaltungsindustrie und Erziehung gleichgeschaltet ... Verstaatlichung, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, bedeutet an sich noch keinen wesentlichen Unterschied, solange die Produktion über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zentralisiert und kontrolliert wird. Ohne die Initiative und Kontrolle »von unten« und durch die »unmittelbaren Produzenten« ist Verstaatlichung bloß ein technisch-politisches Mittel, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen und sie von oben zu kontrollieren (zentrale Planung) — mehr ein Wechsel in der Herrschaftsweise, eine Modernisierung der Herrschaft, als eine Voraussetzung, sie abzuschaffen.«[6]

Wenn die soziale Qualität von Verstaatlichungsmaßnahmen nur in der politischen Dimension gesehen wird (»Initiative von unten«), werden die Eigentumsverhältnisse nur »in ihrem juristischen Ausdruck als Willensverhältnisse«,[7] nicht aber in ihrer realen ökonomischen Gestalt als Beziehungen der unmittelbaren Produzenten untereinander begriffen, die sich aus ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln ergeben. Bei Marcuse geht diese Geringschätzung der ökonomischen Dimensionen der Eigentumsbeziehungen in eins mit der tendenziellen Identifizierung kapitalistischer und sozialistischer Länder im Zeichen der Konvergenztheorie und Industriegesellschaftskonzeption. Zur selben Zeit, als in den strategischen Publikationsorganen der herrschenden Klassen der kapitalistischen Länder etwa ein Zbigniew Brzezinski die außenpolitische Strategie des »Wandels durch Annäherung« und der »Sozialdemokratisierung« der sozialistischen Länder Europas im Zeichen eines technisch-sozialen Konvergenzprozesses hochentwickelter Industriegesellschaften formulierte, gewann die »linke« Konvergenztheorie Herbert Marcuses in der Studentenbewegung der BRD dominierenden Einfluß. Die Marcuse'sche Betrachtungsweise der sozialistischen Länder fügte sich dabei ein in frühe Charakterisierungen dieser Länder durch Max Horkheimer als »autoritäre Staaten«, die durch eine Super-Bürokratie beherrscht und aufgrund der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sogar noch expansionsfähiger und stabiler seien als die faschistischen Staaten, die ebenfalls als historische Varianten des »autoritären Staates« bezeichnet wurden.[8] Dem entsprach auch die von jugoslawischen »Praxis-Philosophen« — aber auch früheren jugoslawischen Theoretikern der Selbstverwaltung — entwik-

kelte Differenzierung des internationalen Sozialismus in einen »bürokratisch-etatistischen« Sozialismus, der durch Stalin (oder Lenin) geschaffen und nur geringfügig modifiziert worden sei, und in einen antietatistisch-demokratischen Sozialismus, dessen Verwirklichung in Jugoslawien ihren Anfang genommen hätte.[9] Sieht man von dieser letzten Variante ab, so ist das politische Resultat aller vorgenannten Konzeptionen der Sozialismusanalyse übereinstimmend dasselbe: die sozialistischen Länder seien mehr oder weniger identisch mit den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, eine gesellschaftspolitische Alternative stellen sie nicht dar.

Anders dagegen die erste Entwicklungslinie, die versucht, auf einer materialistischen Klärung des »Widerspruchs zwischen progressiver Basis und rückschrittlichem Überbau« zu beharren und die von der antiautoritären Studentenbewegung konstatierten Deformationen des politischen Systems der sozialistischen Länder zu verstehen als historische Restbestände des stalinschen politischen Systems der 40er und frühen 50er Jahre. Für die Entwicklung dieser Position spielen die *Wirtschaftsreformen*, die Anfang der 60er Jahre in den sozialistischen Ländern durchgeführt wurden, eine große Rolle. Man erwartete von ihnen den Übergang zu einer *dezentralisierten* Ökonomie, dem eine *Demokratisierung* des politischen Lebens folgen müsse: »Die neuen ökonomischen Systeme sind als ein Abschnitt auf dem Wege der Revolutionierung sozialistischer Gesellschaften durch Rationalisierung der Ökonomie und Demokratisierung des ökonomischen und politischen Lebens zu verstehen.«[10] Nach dieser Einschätzung würden also die Wirtschaftsreformen gewichtige Demokratisierungsimpulse auslösen, die letztlich zu einer Demokratisierung des politischen Systems und damit zur progressiven Auflösung des Widerspruchs zwischen verstaatlichter und geplanter Ökonomie und »rückschrittlichem« politischen Überbau führen würden. Daß man freilich bei der Bestimmung dieser neuen Entwicklungsstufe des politischen Systems der sozialistischen Länder über die Forderung nach betrieblicher und zentraler Kontrolle von Entscheidungen durch die Institutionalisierung politischer Alternativen (und alternativer Pläne) nicht hinauskam, liegt wesentlich an der unzureichenden Beurteilung der Wirtschaftsreformen, welche ja diesem Demokratisierungsprozessen zugrundeliegen sollten. Sie wurden in erster Linie als bloße Dezentralisierung von Entscheidungsvorgängen begriffen. Die in das politische System hineinwirkenden Demokratisierungsimpulse konnte man sich daher ebenfalls nur als Dezentralisierungsvorgänge vorstellen. Ob am Ende eines solchen Dezentralisierungsprozesses noch Elemente zentraler politischer Entscheidung vorhanden sind, blieb offen. Ein solches Verständ-

nis entsprach auch der damaligen Rätediskussion. Aufgrund dieses schwerwiegenden Defizits war der Übergang zu solchen bürgerlichen Interpretationsmustern fließend, welche die Forderung nach Dezentralisierung und »politischen Alternativen« ummünzten in ein Plädoyer für eine »*sozialistische Marktwirtschaft*« (welche einer »zentralen Planwirtschaft« idealtypisch gegenübergestellt wurde), der ein System des *politischen Pluralismus* nach dem Muster bürgerlicher quasipluraler Elitenkonkurrenz entsprechen würde. Diese Interpretationen sahen in den Demokratisierungsimpulsen der Wirtschaftsreformen das Versprechen prokapitalistischer Systemüberwindung. Dabei konnten sie zurückgreifen auf traditionelle reformistische Konzeptionen eines »dritten Weges« zwischen Kapitalismus und Kommunismus, ebenso aber auch auf die verschiedenen Varianten der Konvergenztheorie, die sich immer wieder auf die Wirtschaftsreformen bezogen.

Das Ausbleiben einer evidenten Dezentralisierung des politischen Systems und die begrenzte Dezentralisierung der Wirtschaftsorganisation mußte den Vertretern der hier diskutierten Entwicklungslinie linker Sozialismusanalyse als Falsifikation des eigenen Konzepts oder als Indiz für eine bloß begrenzte Abwendung vom »zentralistischen« und »stalinistischen« System der Vergangenheit erscheinen. Die völlige *Verkehrung* der ursprünglichen — auf Demokratisierung und »positiver« Aufhebung des Widerspruchs abzielenden — Interpretationen in der Reaktion auf das herausragende politische Ereignis in dieser Entwicklungsphase — den 21. August 1968 in der CSSR — ist in dieser Interpretation einer steckengebliebenen, nicht zu Ende gebrachten Dezentralisierung und Demokratisierung bereits angelegt. Als unmittelbare Reaktion auf den 21. August 1968 kommt es zu einer solchen Kehrtwendung. *Wenn zuvor die ökonomischen Reformen als Grundlage und Motor einer Demokratisierung verstanden wurden, sah man nun die Installierung der »Neuen Ökonomischen Systeme« als antidemokratisches Manöver an, das ökonomische Modernisierung und technokratische Effizienz im Interesse der Aufrechterhaltung hergebrachter Formen minoritärer bürokratischer Herrschaft garantieren sollte.* Eine paradigmatische Formulierung dieser Revision der ursprünglichen Interpretation der Wirtschaftsreformen findet sich 1969 in dem Aufsatz von Altvater/Neusüss über »Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation« in der »neuen kritik« des SDS:

»Die Übergangsgesellschaften heute sind nach wie vor bürokratische Gesellschaften. Bürokratisierung ist zwar eine vorherrschende Tendenz, jedoch nicht naturnotwendig, wie von vielen Autoren behauptet wird. Im Verlauf der sozioökonomischen Entwicklung gerät die Bürokratie nicht nur mit der Gesellschaft, sondern mit sich selbst in

Konflikt, indem sie ihrem immanenten Legitimationskriterium, hoher Effizienz, nicht mehr gerecht werden kann. In einer solchen Situation versucht die Bürokratie sich zu »reformieren«. Die »neuen ökonomischen Systeme« können als solche Bürokratiereformen interpretiert werden.«[11] Vergleichbare Interpretationen finden sich etwa bei Feser, Tezcan, Saß, vor allem aber bei Damus und Brus.[12] Bezugspunkt ist auch in dieser Interpretation die eingangs skizzierte widersprüchliche Basis-Überbau-Struktur (und insofern haben wir es hier mit einer eigenständigen Interpretationslinie zu tun); der vorhandene Ansatz, den konstatierten Widerspruch progressiv aufzulösen und die allmähliche Entstehung eines rationalisierten politischen Systems und eines demokratisierten politischen Systems anzunehmen, wird aufgegeben. Gefragt wird nicht mehr, warum »trotz« einer fortschrittlichen ökonomischen Basis ein »deformierter« politischer Überbau existiert und welche Momente innerhalb des politischen Systems diese Basis wiederspiegeln. Gefragt wird vielmehr, welche Momente innerhalb des ökonomischen Systems für die »Rückständigkeit« des politischen Überbaus verantwortlich sind. In den Wirtschaftsreformen wird dieses Moment gesehen. Die Aufgabe des ursprünglichen Ansatzes geht einher mit einer schnellen Annäherung an die vorherrschenden bürgerlichen konvergenztheoretischen Interpretationen und einem massiven Übergang zum Bürokratie-Syndrom. Der Rückgriff auf das Bürokratiekonzept erfolgte keineswegs erst dann, als bislang gültige Konzeptionen angesichts neuer Entwicklungen ihre Erklärungskraft erschöpft hätten oder als die Hypothesen der ökonomisch vermittelten Demokratisierungsimpulse empirisch falsifiziert worden wären. Man kann vielmehr davon ausgehen, daß die Durchsetzung der Konzeption des »bürokratischen Sozialismus« erfolgte, ohne daß die geringste empirische oder theoretische Analyse des Bürokratieproblems in den sozialistischen Ländern vorgenommen wurde. Der Verweis auf die Bürokratie fungierte eindeutig als Analyseersatz. Der spontanen Übernahme des Bürokratiekonzepts entsprach der konzeptionelle Eklektizismus, der die damalige Diskussion kennzeichnete. So wurde etwa in dem Abschnitt »Zur Entwicklung in der CSSR« der Entschließung der 23. Delegiertenkonferenz des SDS vom September 1968 auf trotzkistische, maoistische und in der Tradition der Frankfurter Schule stehende Interpretationsmuster zurückgegriffen.[13]

Die Periode seit 1970/72

In einer Umbruchsphase zwischen 1970 und 1972 erscheinen eine Reihe von Arbeiten, die unterschiedliche Wege zur Lösung des genannten

Widerspruchs vorschlagen. Im Prozeß der Abarbeitung an diesem Widerspruch zerfällt diese zunächst sehr starke Argumentationslinie weitgehend und gliedert sich mehr oder weniger deutlich ein in die oben dargestellten zwei anderen einander durchaus schroff gegenüberstehenden Argumentationsrichtungen. Dieser Zerfallsprozeß reflektiert indirekt die mit dem Avancement marxistischer Kräfte vor allem an den Hochschulen einhergehende starke Polarisierung politischer und wissenschaftlicher Kräfte in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Eine Art und Weise der Lösung des skizzierten Widerspruchs findet sich in dem — stark rezipierten — Aufsatz »Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken« von Rossana Rossanda, der Ende 1972 im »Kursbuch« erschien. Dort wird prägnant formuliert:

»Die politischen Schwierigkeiten, Deformationen und Rückständigkeiten der sozialistischen Länder erweisen sich unter diesen Gesichtspunkten als notwendige Folgeerscheinungen aus der Tatsache, daß ihre ökonomische Basis nach wie vor nicht sozialistisch strukturiert ist ... dies alles rührt nicht von einer Ungleichzeitigkeit zwischen Basis und Überbau her, sondern im Gegenteil daher, *daß beide miteinander übereinstimmen.*«[14]

Damit war der Widerspruch in dem Sinne gelöst, daß man den alternativen Charakter der sozialistischen Länder gegenüber den kapitalistischen Gesellschaftsordnungen grundsätzlich bestritt. Die einstige Annahme, daß die sozialistischen Länder die Eigentumsproblematik auf sozialistische Weise durch Verstaatlichung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel als grundsätzlicher Voraussetzung für die Lösung der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebrachten Probleme gelöst hätten und daher nur die ungleichzeitige Rückständigkeit des politischen Systems wissenschaftlich zu erklären sei, wurde aufgegeben. *Zum theoretischen Problem wurde nun, warum eine zweifellos verstaatlichte Ökonomie nicht-sozialistischen Charakter trägt.*

Genau an diesem Punkt hatte nun die jahrelange Diskussion um die »*Warenproduktion im Sozialismus*« ihren wissenschaftspolitischen Stellenwert. Die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen in diesen Ländern galt als schlagendster Beweis für den nichtsozialistischen Charakter der Wirtschaftsordnung dieser Länder.[15] Im Umkreis dieser Diskussion bildeten sich dann mehrere, zunehmend auch politisch profilierte Positionen heraus.

Die *maoistische* Interpretation der sozialistischen Länder spielte dabei politisch innerhalb der Linken keine wesentliche Rolle. Ihre Bedeutung lag darin, daß sie zur Herausbildung einer Position beitrug, welche die gegenwärtigen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern ablehnt. Die Maxime maoistischer Analyse, wonach die Entwicklung in

diesen Ländern mit der Sentenz »Zurück zum Profit«[16] ausreichend beschrieben werden könne, war ebenso simpel wie die zugrundeliegenden Konzepte und Einschätzungen heterogen und wirr waren. Über Triebkräfte, Ursachen, Entwicklungsformen und hauptsächliche Merkmale der behaupteten »Restauration des Kapitalismus« bestand zudem — zumindest was die DDR angeht — völlige Konfusion.[17]

Betrachtet man aber die gesamte Diskussion seit 1972, so ist eine deutliche Entwicklungsrichtung erkennbar. Sprach man zunächst nur von der »Warenproduktion im Sozialismus« und betonte die daraus resultierende »Gefahr«, vielleicht auch erste »Ansätze« einer kapitalistischen Restauration, so wurde — sieht man von einigen Vorläufern ab[18] — dann auch von nicht-maoistischer Seite aus seit ungefähr 1974/5 von einer bereits vollzogenen *Wiedererreichung kapitalistischer Produktionsverhältnisse* und von der Etablierung eines *staatskapitalistischen* Systems mit »stalinistischem« Überbau gesprochen.[19] Die neueste Entwicklung ist dabei nicht ohne Delikatesse. Der Schlußpunkt dieser Entwicklung wird nämlich konsequent von solchen Positionen markiert, denen die Verfaßtheit der sozialökonomischen Basis vollends gleichgültig geworden ist und die sich ausschließlich auf die Kritik der politischen Systeme der sozialistischen Länder kaprizieren. Diese *Reduktion* ist aber durchaus die Konsequenz der einmal getroffenen Problemlösung. Wo von der prinzipiellen Gleichartigkeit der Gesellschaftsordnungen oder von ihrer Konvergenz oder bloß historisch bedingten Ungleichartigkeit ausgegangen wird, erscheint keines der Systeme akzeptabel. Zur kapitalistischen Bundesrepublik gibt es keine reale gesellschaftliche Alternative. Die Differenz zwischen restauriertem Kapitalismus bzw. Staatskapitalismus und Staatsmonopolistischem Kapitalismus wird nur noch im politischen System ausgemacht. Es zeigt sich, daß die konzeptionelle Einebnung der gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den Systemen — welche die Negation der strukturbildenden Rolle der Eigentumsbeziehungen voraussetzt — notwendig dazu führt, daß die wissenschaftliche Analyse auf den Typus bürgerlicher Problemformulierung und -lösung regrediert. *Der Verzicht auf eine historisch-materialistische, politökonomische Untermauerung der Analyse des politischen Systems der sozialistischen Länder führte notwendig zur Reproduktion der inhaltlichen Vorgaben bürgerlicher Ideologie und Wissenschaft.* Diese Vorgabe freilich sagt allemal: der Kapitalismus sei vorzuziehen, garantiere er doch wenigstens liberale Freiheitsrechte. Insgesamt kommt es also zumindest in den Ergebnissen zu einer Annäherung — teilweise sogar Verschmelzung — zwischen dieser Interpretationslinie und der oben dargestellten zweiten Argumentationsrichtung, die sich von vornherein auf die Analyse des politischen Systems konzentrierte.

Diese Verkürzung der Analyse und ihre Aufgabe essentieller Methoden und theoretischer Orientierungen historisch-materialistischer Sozialismusanalyse geschieht zu einem Zeitpunkt, wo die Leitfigur imperialistischer Ideologiepolitik die »Menschenrechte im Sozialismus« — Kampagne ist. Diese Kampagne ist auf diese verkürzte Politikdimension gerichtet — und kann auch nur in einer solchen Verkürzung politisch sinnvolle Ergebnisse erbringen. Frappierend ist nun, daß — sogar hinsichtlich der Personen — sich erneut eine Parallelität »linker« Sozialismusanalyse und bürgerlicher Ideologiegehalte im Kontext übergreifender imperialistischer Politiken ergibt. In den sechziger Jahren hatten großbürgerliche Konvergenzkonzeptionen ihr »linkes« Pendant in den von Dutschke popularisierten Theorien Marcuses; in den letzten Jahren hat die Menschenrechtskampagne eines Brzezinski ihr Pendant in der regredierten Politikanalyse und -konzeption etwa wiederum eines Dutschke.[20]

Zur Entwicklung der materialistischen Sozialismusanalyse

Die zweite Art und Weise der Lösung des Widerspruchs zwischen »fortschrittlicher Basis« und »rückschrittlichem Überbau« geht in die entgegengesetzte Richtung. Hier wird auch der politisch-ideologische Überbau als »mehr oder weniger« sozialistisch begriffen und der Satz wird akzeptiert, daß die sozialistischen Länder eine — gemessen an den kapitalistischen Gesellschaftsordnungen — grundsätzlich *alternative* sozialökonomische und politische Qualität besitzen. Es kommt also zu einer Annäherung an die oben genannte dritte Argumentationsrichtung. Das Verständnis von »alternativ« unterscheidet historisch-materialistische Sozialismusanalysen von linksbürgerlichen oder von solchen Analysen, die sich um eine Kombination unterschiedlichster Ansätze und Theorien bemühen.[21] Dieses Verständnis zeigt sich deutlicher, wenn man zunächst einen Blick auf die bürgerliche Kommunismusforschung wirft.

Bestehendes als unveränderbar zu erklären, war schon jeher eine wichtige Aufgabe etablierter bürgerlicher Wissenschaft. Im Fall der Kommunismusforschung findet diese Funktion ihre besondere Ausprägung: die Erkenntnis der objektiven Möglichkeiten realer alternativer gesellschaftlicher Verhältnisse gilt es zu verhindern. Ihr Ziel ist weiterhin die Darstellung des Kapitalismus als einzig denkbarer oder zumindest vernünftiger Gesellschaftsform. Dagegen setzt eine materialistische Sozialismusforschung die von Marx ausgearbeitete Konzeption, *daß dem Kapitalismus der Sozialismus folgt.* Sie behandelt daher die

Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder als weiterentwickelte, *gesetzmäßig* auf den Kapitalismus folgende Gesellschaftsformation und interpretiert unsere geschichtliche Epoche als *Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus* — nicht etwa als »Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution«, als Epoche des »Übergangs vom Agrar- zum Industriestaat« und der Herausbildung einer einheitlichen Industriegesellschaft, nicht als Epoche des Konflikts zwischen »reichen« Ländern im »Norden« und »armen» Ländern im »Süden«.

Diese Annahme des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Analyse der sozialistischen Länder unter dem Gesichtspunkt der Theorie gesellschaftlicher Formationen sind für materialistische Sozialismusanalysen spezifisch. Der Begriff der »Alternative« schließt aber noch mehr ein. Er geht davon aus, daß das Zentrum der gesellschaftlichen Bewegung im Sozialismus (und damit seiner grundlegenden Andersartigkeit) in der neuen Rolle, im *neuen Charakter der gesellschaftlichen Arbeit* zu sehen ist, was politisch auch eben *Herrschaft der Arbeiterklasse* heißt. Spricht man von kognitiven Schranken der bürgerlichen Sozialismusforschung, die ihr im Interesse ihrer — vielfach vermittelten — ideologischen und instrumentell-politischen Funktion auferlegt sind, so kann damit dreierlei gemeint sein: a) die Ausgrenzung von Problemen und Fragen, was im Extremfall dazu führen kann, daß bestimmte Bereiche sozialistischer Gesellschaften überhaupt nicht untersucht werden; b) Begrenzungen des theoretischen und methodischen Instrumentariums gegenüber solchen Ansätzen, die als »ideologisch« und damit als »unwissenschaftlich« bezeichnet werden; c) die inhaltlich-qualitative Orientierung der im Erklärungsansatz gebrauchten Theorien selbst. *Kognitive Schranken, Klassencharakter und Klassenfunktion bürgerlicher Sozialismusforschung zeigen sich letztlich darin, daß sie die Sätze von der neuen Formation, von der zentralen Rolle der Arbeit und von der Herrschaft der Arbeiterklasse nicht akzeptiert. Sie leugnet die produktive Funktion und Potenz der Arbeiterklasse, ihre Fähigkeit zur Machtausübung, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft, zur Entwicklung einer eigenen Weltanschauung und Wissenschaft, zur Entfaltung einer eigenen Kultur und zur Schaffung einer historischen Perspektive.* Es gibt keine Schrift der bürgerlichen Kommunismusforschung, die den Satz von der Herrschaft der Arbeiterklasse auch nur im Ansatz akzeptiert.

Damit ist ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung der neueren Sozialismusdiskussion in der politischen Linken der BRD genannt worden. Es kann ja keineswegs davon ausgegangen werden, daß inhaltliche Defizite nur für eine Richtung in dieser Diskussion gelten. Will man in aller Kürze die Einschätzung jener Position zusammenfassen, die sich vorwiegend auf Analysen verschiedener westeuropäischer kommunistischer Parteien bezieht, ist Folgendes hervorzuheben:[22] Ausgangspunkt ist die These, daß jeder, der nach dem relativ unentwickelten Stand der Klassenkämpfe in der BRD fragt, mit der Rolle der sozialistischen Länder konfrontiert wird. Diese Rolle wird als negativ beurteilt; sie habe der Herausbildung des Klassenbewußtseins »hohe Schranken« gesetzt — habe sogar die »ostdeutschen Arbeiter«[23] in ihrer Bewußtseinsentwicklung gehemmt. Gefragt wird dann, welche Faktoren dieses negative Sozialismusbild bewirkt haben. Eine große Rolle habe — im Falle der DDR — die Übernahme vieler Aspekte des sowjetischen politischen Systems und eine Oktroipolitik in der Frühphase der SBZ/DDR-Entwicklung gespielt; die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Umwälzung seien schwach entwikkelt gewesen; im Systemvergleich — vor allem was den Bereich der Konsumtion angeht — schneide die DDR gegenüber der BRD schlecht ab. Das politische System dieser Länder entspreche insofern sozialistischen Zielvorstellungen nicht, als die Partizipationsstrukturen unzureichend entwickelt und eine Reihe individueller Freiheitsrechte mehr oder weniger stark eingeschränkt seien. Bei der Erklärung dieser Erscheinungen geht dieser Ansatz nun durchaus *historisch* und *entwicklungstheoretisch* begründet vor. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die These von der Unreife und Unentwickeltheit der subjektiven und objektiven Voraussetzungen sozialrevolutionärer Umwälzungsprozesse: im Rußland des Jahres 1917 und in »den meisten« osteuropäischen und asiatischen Ländern des Jahres 1945 sei der Kapitalismus erst schwach entwickelt gewesen. Die objektiven materiellen Voraussetzungen für gesellschaftliche Transformationen hätten kaum existiert. Ebenso sei die Arbeiterklasse als »subjektiver Faktor« quantitativ (hinsichtlich ihrer Qualifikation, ihres kulturellen Niveaus und ihrer Kampferfahrungen) ebenfalls schwach und unreif gewesen. Beides resultierte in die Entwicklung »der leninistischen Strategie der Minderheitsrevolution und einer Partei ontologisch zukommenden Führungsrolle«.[24] Die neuen politischen Systeme hätten sich aufgrund der fehlenden sozialen und politischen Mehrheitsbasis — deren industriegesellschaftliche Voraussetzungen durch die Entfaltung der Produktiv-

kräfte erst geschaffen werden mußten — sehr schnell zu politischen Minderheitsdiktaturen entwickelt; der »Stalinismus« sei die entfaltete Form dieser Diktatur gewesen, deren Grundlagen jedoch bis in die Gegenwart weiter existierten.

Gegen diesen Ansatz lassen sich eine Reihe von Bedenken vorbringen.

a) Zunächst ist die Ausgangsfragestellung verengt: von Interesse ist nur, welche Faktoren, Ereignisse und Tatsachen im Bereich der sozialistischen Länder hemmend auf die Entwicklung von Klassenbewußtsein in der BRD einwirkten. Dem *Hinweis,* daß wir es hierzulande mit einem permanenten manipulativen Prozeß massenmedial vermittelter Negativierung der Verhältnisse und Ereignisse in den sozialistischen Ländern zu tun haben, wird mit dem ebenso einleuchtenden wie vorschnellen Argument begegnet, »es müsse ja etwas dran sein«. Dieses — nur mit Einschränkungen akzeptierbare — Argument darf aber nicht dazu benutzt werden, bei der Analyse der Rolle der sozialistischen Länder für die Entwicklung des Klassenbewußtseins in der BRD diesen tagtäglichen, tausendfachen Vorgang massenmedialer Verzerrung und Verfälschung außer Acht zu lassen. Wie diese Verfälschung funktioniert, sei kurz am Beispiel der Berichterstattung der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) über den IX. Parteitag der SED vom Mai 1976 demonstriert. Die FAZ veröffentlichte zu diesem Thema zwischen dem 18. 5. 1976 und dem 31. 5. 1976 13 Berichte, von denen 4 eine allgemeine Berichterstattung darstellten, 4 sich mit der Ökonomie beschäftigten, 2 mit sozialpolitischen Problemen, 2 mit Veränderungen der Parteispitze und 1 mit dem »Palast der Republik« in Berlin. Am Beispiel der Wirtschaftsberichterstattung läßt sich der genannte Verzerrungsprozeß am deutlichsten zeigen. Zwar wird in einem Kommentar vom 24. 5. ein kurzes Lob ausgesprochen (es hätten »die vergangenen Jahre eine Besserung der Lebensverhältnisse gebracht« ... »Die Mehrzahl der Bürger lebt besser, und daß es keine offene Inflation und keine offene Arbeitslosigkeit gibt, das bedeutet für sie schon etwas«; die DDR habe sich »einen relativ hohen Lebensstandard erkämpft«). Ansonsten aber werden breit Probleme dargestellt: die Kritik Honeckers an der chemischen Industrie, Planschwierigkeiten, Abhängigkeit von der UdSSR, Mehrarbeit und höherer Leistungsdruck, da es keine freie Preisbildung gebe, würde das Planungssystem »überhaupt« die DDR-Führung immer wieder beunruhigen. Zusammengefaßt hebt die Berichterstattung hervor: die dauernde *Krisenhaftigkeit* aufgrund von Systemmängeln; die *Abhängigkeit von der UdSSR* vor allem auf dem Rohstoffsektor; die *wirtschaftspolitische Strategie* laufe auf gesteigerte Auspressung von Mehrarbeit hinaus, ohne daß die sozialen Bedingungen verbessert würden; die Wirtschaftspolitik sei also *unsozial.*[26] Welche Informatio-

nen bringt die FAZ nicht? Sie verschweigt die »Hauptaufgabe« (»das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Steigerung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen«);[27] in der »Hauptaufgabe« kommt aber die (gebrauchswert- bzw. bedürfnisorientierte) systemspezifische Zielsetzung der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck. Sie erwähnt weiter an keiner Stelle, daß der Fünfjahresplan 1971—1975, den der Parteitag abzurechnen hatte, weitreichend übererfüllt worden war (etwa bei der Kennziffer Nationaleinkommen + 10,2 Mrd Mark; bei der »industriellen Warenproduktion« 14,5 Mrd Mark); es werden die Vergleiche mit kapitalistischen Ländern nicht referiert, die im Bericht Honeckers enthalten waren: daß zwischen 1971 und 1975 im RGW die Industrieproduktion um 45 % gestiegen war, in den entwickelten kapitalistischen Ländern jedoch nur um 9 %. »Weder die Stetigkeit noch das Tempo des Wachstums unserer Wirtschaft wurden in diesem Zeitraum von irgendeinem der größeren kapitalistischen Staaten erreicht.« (Honecker). Weiter werden traditionell in der bürgerlichen Ideologie verbreitete Einschätzungen durch das Verschweigen entgegenstehender Faktoren und Tatsachen abgestützt. So findet sich in den Berichten der FAZ keine Information darüber, daß seit 1971 in der DDR 22 000 neue und weiterentwickelte Erzeugnisse in die Produktion überführt wurden oder daß rund ein Drittel aller Werktätigen als Neuerer Vorschläge gemacht hatten; diese Fakten widersprechen der These von der strukturellen Ineffektivität einer zentralen Planwirtschaft. Maßnahmen, an denen der soziale Charakter der Politik deutlich wird, werden ebenfalls verschwiegen: daß zwei Drittel der Neubauwohnungen Arbeitern zugeteilt wurden und jede zehnte Wohnung kinderreichen Familien; die Mietpreise von 0,80—1,25 Mark pro qm unverändert blieben; das Realeinkommen in der Fünfjahrplanperiode um 31 %, die Renten um 30 % und das Arbeitereinkommen überproportional anstiegen; daß die sog. »gesellschaftlichen Fonds«, aus denen insbesondere infrastrukturelle Dienstleistungen finanziert werden, überplanmäßig ausgedehnt wurden; der Anteil der Arbeiter an der Studentenschaft, an der Mitgliedschaft in der SED, an den staatlichen Organen wird ebenfalls nicht mitgeteilt.

Wer sich also nur über die Berichterstattung der FAZ informiert, erhält den Eindruck einer unsozialen Krisenpolitik; Informationen, welche Zugänge zur Erkenntnis systemspezifischer Vorgänge und zum Klassencharakter der Politik verschaffen, werden von vornherein seletiert. Von diesen Voraussetzungen kann bei einer Analyse der sozialistischen Länder nicht abstrahiert werden.

b) Schwerwiegender ist jedoch bei diesem stärker historisch argumentierenden Ansatz die isolierte Behandlung einzelner Begründungszusammenhänge und die Ausklammerung formationstheoretischer und politökonomischer Aspekte. Auch hier findet sich eine fast vollständige Vernachlässigung der Eigentumsproblematik und eine — dementsprechende — Überbetonung der Produktivkraftdimension. Beträchtliche Übereinstimmungen mit den Ergebnissen bürgerlicher Modernisierungsthesen sind die Konsequenz.[28] Derlei theoretische Vorgaben veranlassen nicht wenige Vertreter dieser Interpretationsrichtung, ohne weitere empirische und politiktheoretische Versicherung anzunehmen, daß man im Fall der sozialistischen Länder keineswegs von einer — mehrheitlichen — »Herrschaft der Arbeiterklasse« reden könne.

Die gegenwärtige Diskussion nicht nur im Rahmen dieses Ansatzes konzentriert sich also stark auf die Analyse der politischen Systeme der sozialistischen Länder. Zu beantworten sind die Fragen nach *Form*, *Inhalt* und *Trägern* politischer Herrschaft.

Bei den Charakterisierungen der *Form* der politischen Systeme in den sozialistischen Ländern (hier soll die DDR als Beispiel gelten) wird in der Regel auf die *Herrschaftsmethoden* verwiesen. Während für die Frühphase dieser Länder der umfangreiche Einsatz staatlicher Zwangsmittel charakteristisch gewesen sei, habe sich in der Phase der Konsolidierung und Integration der sozialistischen Gesellschaften seit Anfang der sechziger Jahre dieses Mittel zunehmend als unbrauchbar erwiesen und man sei zu flexibleren, indirekten und verwissenschaftlichen Methoden der Konsensbeschaffung übergegangen.[29] Mit dem Verweis auf die Methoden der Herrschaftsausübung ist die Frage nach der Form jedoch noch nicht ausreichend beantwortet. Bei einer *Deskription* des politischen Systems der DDR/SBZ in den vierziger und fünfziger Jahren wird — neben anderen — häufig der *politische Überzentralismus* als wesentliches Merkmal der *Form* dieses Systems hervorgehoben. Die Marxisten haben oft — zu Recht — darauf verwiesen, daß Zentralismus nicht ausschließt, daß die getroffenen Entscheidungen demokratisch waren, d.h. den Interessen der Mehrheit entsprachen. Sie haben darüber oft vergessen zu erklären, *warum* ein solcher Zentralismus überhaupt entstand. In der DDR waren zwischen 1945 und 1961/3 die Grundlagen einer sozialistischen Planwirtschaft entstanden, deren weitere Entwicklung sich auf systemeigener Basis vollziehen konnte, weil die kapitalistischen Produktions-, Aneignungs-, Leitungs- und Organisationsbeziehungen beseitigt waren. In der damals aufgebauten Planwirtschaft findet sich das wieder, was man die *allgemeinen* Merkmale sozialistischer Planwirtschaft nennen könnte: Volkseigentum, zentrale Planung, Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse als ökonomische Zielfunktion.

Jenseits dieser allgemeinen Bestimmungen war das wesentliche *besondere* Merkmal der Planwirtschaft der DDR dieser Jahre zwischen 1948/9—1954/55 bzw. 1961/3 die *zentralistische* Form der planwirtschaftlichen Zentralität, also eine bestimmte historische Erscheinungsform des wirtschaftsorganisatorischen Mechanismus des demokratischen Zentralismus als dem grundlegenden, Ende der vierziger Jahre durchgesetzten Strukturprinzip sozialistischer Planwirtschaft. Formen und Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in dieser Phase waren »durch hochgradige Zentralisation der Entscheidungsbefugnisse und überwiegende Administration bei ihrer Durchsetzung gekennzeichnet. Das erfolgte durch

— die Vorgabe einer Vielzahl und sehr detaillierter Kennziffern von seiten der zentralen Planungsorgane, die das Produktionsprogramm und den Absatz der Betriebe weitgehend regelten;

— die fast ausschließliche Konzentration der Verfügungsgewalt über die betrieblichen Fonds bei den zentralen Wirtschaftsleitungen;

— ein engmaschiges Netz von Verhaltensnormen, mit dessen Hilfe die zentralen Organe den Betrieben die einzelnen Schritte ihrer Wirtschaftstätigkeit vorschrieben und sie kontrollierten, um gegebenenfalls direkt einzugreifen.

— Weiterhin war das damalige Planungs- und Leitungssystem durch eine nur beschränkte Anwendung ökonomischer Hebel gekennzeichnet.«[30]

Die *Ursachen* dieser — eben nicht bloß zentralen, sondern *zentralistischen,* d. h. das Moment massenhafter, betrieblicher, örtlicher und gewerkschaftlicher Partizipation einschränkenden, teilweise sogar aufhebenden —[31] Form des Planungs- und Leitungssystems sind historisch *besonderer* Art und *nicht notwendiger Bestandteil der Ökonomie der Übergangsperiode.* Der demokratische Zentralismus in der Wirtschaftsorganisation der Übergangsperiode hat zwei Grundlagen:

a) der hohe Vergesellschaftungsgrad der Produktion, den die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht hat, wird nicht mehr privat, sondern gesamtgesellschaftlich vermittelt realisiert durch eine zentrale Planung und Leitung der gesellschaftlichen Produktion;

b) in der Übergangsperiode ist die zentrale Wirtschaftsleitung und -planung notwendiger Bestandteil der Politik der allmählichen Zurückdrängung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Klasse. Dieser Ursachenkomplex des Zentralismus in der Übergangsperiode fällt im historischen Prozeß weg. Beide Faktoren sind der Ebene des Übergangs von einer Gesellschaftsformation in eine andere und der Ebene des Klassenkampfs als allgemeinster sozialer Ausdrucksform dieses Prozesses zuzuordnen. Mit

dem Hinweis auf diese Tatbestände läßt sich der Aufbau einer zentralen Wirtschaftsleitung, nicht aber der Überzentralismus in der Übergangsperiode in der DDR erklären. Man muß daher zwischen *allgemeinen, logisch der Formationsebene zuzuordnenden,* und *besonderen* Faktoren und Wirkursachen unterscheiden. Der Schlüssel für die Erklärung des Überzentralismus und die Dominanz administrativer Formen der Wirtschaftsleitung und -planung in der DDR bis hinein in die zweite Hälfte der 50er Jahre liegt bei einer Untersuchung dieser besonderen Faktoren. Vier Tatbestände können hervorgehoben werden:

a) Die »extensive« Entwicklung der Wirtschaft. Für alle sozialistischen Länder war bisher in der Übergangsperiode die vorwiegend extensiv erweiterte Reproduktion typisch, die zusammenhängt mit dem — sieht man von der DDR und der CSSR ab — niedrigen Industrialisierungsgrad, vorhandenen freien Arbeitskräfteressourcen und der Notwendigkeit der Errichtung einer proportionalen ökonomischen und materiell-technischen Struktur. Erst Mitte der 50er Jahre setzte der Produktivkraftsprung »wissenschaftlich-technische Revolution« voll ein. Der relative Rückstand in der Produktivkraftentwicklung und der Zwang zu einer »extensiven« Umwälzung des kapitalistischen Produktivkraftsystems und der Schaffung einer systemspezifischen Produktivkraftstruktur sind eine eigenständige Ursache zentralistischer Wirtschaftsplanung und -leitung gewesen.

b) Historisch spezifische Erscheinungen des Mangels kommen hinzu, die im wesentlichen durch die Kriegszerstörungen hervorgerufen waren und ein entsprechendes Nachfrageübergewicht bedingten. Damit war die Wurzel für ein vorwiegend administratives und nach gebrauchswertmäßigen Quantitäten orientiertes Wirtschaftsplanungssystem gegeben. Im Falle der DDR kommt hinzu als ganz wesentlicher Faktor die Existenz beträchtlicher volkswirtschaftlicher Disproportionen, die durch Kriegszerstörungen und die Spaltung Deutschlands hervorgerufen worden waren. Zur Beseitigung dieser Disproportionen wurden die Warenbeziehungen eingeschränkt. Mit administrativen Mitteln wurden Teile des Nationaleinkommens rigoros staatlich zentralisiert und umverteilt; die Investitionen der Betriebe wurden dementsprechend aus dem Staatshaushalt »haushaltsfinanziert« und nicht aus eigenen und eigenerwirtschafteten Fonds der Betriebe. Eine derartige Erfassung beträchtlicher Teile des Nationaleinkommens beim Staat bedeutete, einen mächtigen Hebel ökonomischer Zentralisierung zu schaffen. Eine derartige Zentralisierung wurde auch dadurch ermöglicht, daß in den Nachkriegsjahren bis Anfang der 50er eine relativ einfache Bedürfnisstruktur herrschte, die eine — nur betrieblich oder betriebsnah zu organisierende — Differenzierung der Produktion kaum erforderte.

c) Die »begrenzte politische und fachliche Zuverlässigkeit eines großen Teils der unteren und mittleren Planungskader«[32] spielte vor allem bis Mitte der 50er Jahre eine beträchtliche Rolle und begünstigte — zusammen mit dem generellen Mangel an fachlich qualifizierten Kadern — eine Tendenz zur Zentralisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse.

d) Ein eigenständiger, gegenüber den zwei erstgenannten Faktoren an Bedeutung aber nachgeordneter Faktor ist der Überzentralismus des politischen Systems gewesen, aus dem Impulse in Richtung auf eine zentralistische Organisation der Gesamtgesellschaft ausgingen. Hervorzuheben ist hier neben anderem[33] das Wirksamwerden einiger Stalin'scher politischer und politökonomischer Theorien — etwa daß die Ware-Geld-Beziehungen nur in der Zirkulationssphäre wirkten (was die Dominanz stark administrativer Leitungsformen begünstigte), daß sich der Klassenkampf in der Übergangsperiode verschärfe u.a.m.

Wenn die Existenz und Bedeutung dieser Faktoren für eine Ursachenerklärung des Überzentralismus des politischen und ökonomischen Systems in der Übergangsperiode hervorgehoben wird, dann bedeutet dies zugleich, daß sie kein notwendiger, allgemeiner Bestandteil des Transformationsprozesses vom Kapitalismus zum Sozialismus — also historisch zufällig sind. Ihre Wirksamkeit ließ in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nach, andere Faktoren orientierten auf den Abbau der Überzentralisierung, der Anfang der sechziger Jahre seinen Abschluß fand.[34]

Solche Formelemente und Wirkursachen, die auf Dezentralisierung verweisen, sind in diesem Beispiel nicht behandelt worden. Gezeigt werden sollte, daß der politische Zentralismus nicht auf einen tradierten Hang kommunistischer Politiker, Entscheidungen weit entfernt von der Bevölkerung zu monopolisieren, zurückgeht; ihre — objektiven und subjektiven — Ursachen liegen begründet in allgemeinen Anforderungen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und in besonderen Faktoren, die historisch zufälliger Natur waren. Daher kann mit diesem Beispiel auch eine weit verbreitete Annahme über das politische System der DDR widerlegt werden: daß es seit Anfang der fünfziger Jahre keine Veränderungen dieses politischen Systems oder höchstens halbherzige Anpassungen und zeitbedingte Modifikationen gegeben habe, die das »eigentliche« politische System unberührt gelassen hätten.[35] Diese Annahmen unterschlagen, daß es zu weitreichenden Veränderungen dieser politischen Systeme gekommen ist, die objektive Grundlagen haben. Es geht diesen Positionen daher nicht um den Abbau *administrativ* — über *zentralistischer* Formen, sondern um die Beseitigung der tatsächlich systemkonstitutiven Strukturen und For-

men *demokratisch-zentralistisch* organisierter Ökonomie und Politik. Sie sind nicht »antistalinistisch«, sondern »antileninistisch« gewendet.

Wie steht es nun mit *Inhalt* und *Trägern* politischer Herrschaft in der DDR? Wer herrscht und wessen Interesse setzt sich durch?

Kommunismusforscher konservativer oder sozialliberaler Provenienz, sozialistische Theoretiker, Trotzkisten oder Maoisten sind sich in einer negativen Beantwortung dieser zentralen Frage einig: auf jeden Fall *nicht* die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Gruppen, Schichten oder Klassen. Der Katalog möglicher Herrschaftsträger, der ersatzweise angeboten wird, ist recht bunt und variantenreich, gleichwohl übersehbar. *Drei* große Gruppen lassen sich unterscheiden:

a) An erster Stelle stehen solche politologischen Analysen, die in der Tradition der *Institutionenlehre* und der *Totalitarismustheorie* stehen. Sie ordnen die politische Macht *informellen* Entscheidungsträgern zu. Formelle und faktische Machtausübung und -trägerschaft fallen auseinander, da nicht etwa die Volksvertretungen oder Parteitage, sondern einige Personen innerhalb des Staats- und Parteiapparats die tatsächlichen Entscheidungsträger seien: »the purpoted dictatorship of the proletariat became first a dictatorship of the Communist party, or rather its Politburo, and then the dictatorships of Lenin and, after his death, of Stalin. Politically the Soviet system always has been a strictly hierarchical organization with a ruling group, monopolizing all power, and ruled groups, totally deprived of any power.«[36] Aufmerksam wird daher alles analysiert und beschrieben, was ein solches Auseinanderfallen anzeigt oder begünstigt und auf eine Monopolisierung politischer Macht schließen läßt. Hinsichtlich der *Partei* wird in der Regel auf das »elitäre substitutionalistische Prinzip des Hineintragens von Klassenbewußtsein« Lenins verwiesen, das die Grundlage der Parteitheorie darstelle; auf die Tendenz zur Verselbständigung der Parteispitze gegenüber der Mitgliedschaft und den gewählten Organen, die im Prinzip des demokratischen Zentralismus notwendig angelegt sei; hinsichtlich des *Staats* werden häufig angeführt: die wenig entwickelten oder formalen persönlichen und politischen Freiheitsrechte; das Wahlsystem, das nur formale Einflußmöglichkeiten und keine organisierte Konfliktaustragung ermögliche; die Entwertung repräsentativer Organe durch die Zentraladministration; fehlender Schutz gegen staatliche Willkür; Ausschaltung staatlich normierter Willensbildungsprozesse durch die Institutionalisierung der Suprematie der Partei im staatlichen Sektor. Wesentlich dabei ist, daß dieser Ansatz bei einer *deskriptiven* und ausschließlich *politischen* Identifizierung der herrschenden Gruppe stehenbleibt.

b) In der Bundesrepublik Deutschland entwickelten sich seit An-

fang der sechziger Jahre dann *soziologisch abgestützte Interpretationen, die mit den Mitteln empirischer Elitenforschung zu begründen suchten, daß sich die politische Macht (oder Herrschaft) auf eine einzelne soziale Gruppe* konzentriere. Man versucht also, Herrschaft *sozial* zu identifizieren. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Positionen ergeben sich daraus, wie diese soziale Gruppe im Einzelnen näher charakterisiert wird. Sehr verbreitet ist die Kennzeichnung der Herrschaftsträger als »*Herrschaftselite*« (ruling elite) und der Rückgriff auf rollentheoretische, behaviouristische und — generell — elitentheoretische Ansätze.[37] Die Rede ist etwa von »a diverse set of social groups« oder von »a wide range of social elites«,[38] das sich zumeist aus den Bereichen Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und politischer Verwaltung rekrutiert. Ähnlich ist das Ergebnis, wenn über die Deskription hinaus nach *Leistungseliten* gefragt wird; sie werden als Exekutoren notwendiger, sich ausdifferenzierender Systemfunktionen verstanden. Die Suche nach neuen Funktionen, nach Veränderungen in der Funktionsstruktur, nach dem Verhältnis der einzelnen Eliten zueinander, die Analyse der »Zirkulation der Eliten«, ihrer Konstitution, des »backgrounds« der einzelnen Eliteangehörigen, der Konflikt-Konsensus-Struktur sind beliebte und ambitiöse Betätigungsfelder derartiger Eliteforschung.[39] Nicht selten werden die Herrschaftsträger als soziale *Schicht*[40] charakterisiert, als *Technokratie oder Intelligenz,*[41] wobei im letzten Fall zumeist rein funktionalistisch argumentiert wird, indem aus dem Bedeutungszuwachs der Wissenschaft im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß auf den Funktionszuwachs der wissenschaftlich-technischen Intelligenz geschlossen wird. Nicht wenige Autoren belassen es freilich bei dem bloßen Verweis auf die hohe Qualifikation von Politbüromitgliedern. Der weitaus wichtigste und einflußreichste Ansatz jedoch geht davon aus, daß die *Bürokratie* der eigentliche Träger politischer Herrschaft in den sozialistischen Ländern ist. Sie wird unterschiedlich bestimmt: als Parteibürokratie,[42] als hydraartiges Konglomerat aus den verschiedensten Bürokratien, die in einer Gesellschaft vorkommen[43] oder als mittlerweile vollständig eigenständiges politisch-soziales Phänomen.[44] Nicht selten eng mit diesem Ansatz verknüpft ist schließlich die Konzeption von der *neuen Klasse*[44] wobei hier der Begriff »Klasse« zumeist im Sinne von »Gruppe« oder »Schicht« verwandt wird.

c) Eine letzte Gruppe von Theoretikern beansprucht, von marxistischer — insbesondere *klassentheoretischer* — Grundlage auszugehen und die Existenz einer *neuen Klasse* konstatieren zu können. Diese neue Klasse wird etwa als *Staatsbourgeoisie* bezeichnet[45] oder als komplexe Struktur begriffen, deren soziale Reproduktion durch die ökonomische Verfügung über die verstaatlichten Produktionsmittel gesichert wird.[46]

Eine Kritik dieser Positionen, die sich in der Ablehnung des Theorems von der »Herrschaft der Arbeiterklasse« in den sozialistischen Ländern einig sind, kann hier nicht erfolgen, ebensowenig wie eine systematische Auseinandersetzung mit diesem Theorem selbst. Auf einige schwerwiegende Defizite dieser Konzeptionen soll immerhin kurz hingewiesen werden:

1. Zunächst gilt für alle Ansätze bis auf den letztgenannten, daß sie mit dem Hinweis auf politisch oder sozial identifizierte Herrschaft von *Gruppen* das Theorem von der Herrschaft der Arbeiter*klasse* verfehlen und daher nicht widerlegen können. Diese Ansätze sind — falls sie nicht bei einer bloßen Deskription politischer Handlungszuammenhänge stehenbleiben — bestenfalls Theorien »mittlerer Reichweite« und machen Aussagen über die Rolle sozialer Gruppen in politischen Handlungszusammenhängen. Einzelne Bestandteile einer »power-elite« werden identifiziert und als letztliche, autonome, je voneinander isolierte Herrschaftsträger ausgegeben.

2. Diese Ansätze gehen fast immer von einer Idendität von Herrschafts*trägern* und durch die Herrschaftsausübung verwirklichten ökonomischen und soziopolitischen *Interessen* aus. Jene Personen oder bestenfalls Gruppen, die unmittelbar politisch handeln und Entscheidungen treffen, die Einfluß ausüben und über gesellschaftliche und politische Ressourcen unmittelbar verfügen, bestimmen nach diesen Konzeptionen auch den Inhalt der Politik. Der Politikinhalt ist umgesetztes Interesse der unmittelbaren Herrschaftsträger. Eine solche Annahme kann richtig sein, muß es aber nicht. Beispielsweise kann eine Militärjunta unmittelbarer Herrschaftsträger sein, aber die sozioökonomischen und -politischen Interessen des Großgrundbesitzes oder des großen Kapitals verwirklichen. Häufig führt in den skizzierten Ansätzen diese Koppelung von Politikinhalt und -trägerschaft zu trivialen Kennzeichnungen des Inhalts — der Funktion — des politischen Handelns. Fragt man diese Ansätze danach ab, warum eigentlich Herrschaft ausgeübt wird, sind drei stereotype und durchaus inhaltsleere Antworten zu hören: a) zur Sicherung der Privilegien der herrschenden Gruppe; b) zur Sicherung der Herrschaft dieser Gruppe und c) zur Realisierung systemnotwendiger Funktionen (wobei über den Zusammenhang von Systemreproduktion und Gruppenhandeln nichts weiter ausgesagt wird).[47]

3. Ein gesondertes Problem stellt die Bürokratiekonzeption dar. Bálint Balla, der bisher als einziger eine ausführliche Analyse dieses Problems vorgenommen hat, stellte zu den Vertretern dieser Gruppe fest: »Sie verwenden Begriffe wie Bürokratie, bürokratisch als eine zentrale Kategorie zur Bezeichnung des »Wesens« des Sowjetsystems,

beabsichtigen dadurch eine grundsätzlich kritische Beurteilung, wenn nicht Verdammung des Systems anhand dieses Begriffs auszusprechen, in den meisten Fällen jedoch ohne genauer darauf einzugehen, worin dieser bürokratische Charakter des ganzen Systems bestünde, gleichsam davon ausgehend, daß die Nennung dieses bekannten Begriffes mit seinen althergebrachten pejorativen Assoziationen zur Herstellung eines Konsensus betreffs der Beurteilung und Verurteilung des Sowjetregimes ausreichen würde.«[48] Tatsächlich hat *keiner* der Bürokratietheoretiker bislang eine *empirische* Analyse der Verwaltungen, ihrer Organisation und Funktion in den sozialistischen Ländern vorgelegt; man baut sichtlich auf die Evidenz. Der Phantasie kann freier Lauf gelassen werden. Legt man sich theoretisierend Zügel an, so werden zumeist Charakterisierungen von Bürokratien auf die sozialistischen Länder *projiziert*, die am Beispiel von Verwaltungstätigkeit in bürgerlichen Gesellschaftsordnungen gewonnen wurden. Oder aber es werden definitorische Bestimmungen eingebracht, die sich auf die *konkrete* Verwaltungsarbeit beziehen und die spezifisch gesellschaftliche Form dieser Tätigkeit gerade nicht erfassen. Doch auch auf dieser Ebene unterscheiden sich das Verwaltungshandeln und die entsprechenden Organisationen in den sozialistischen Ländern bereits auf den ersten Blick von bürokratischen Organisationen in bürgerlichen Gesellschaften: diese Verwaltungen sind auf dem Prinzip politischer Parteilichkeit aufgebaut; sie sind nicht auf die Verhüllung ihres Klassencharakters angewiesen, um funktionieren zu können; politische, insbesondere massenmobilisierende Fähigkeiten sind zumindest für Teile der Verwaltungen notwendige Bestandteile der geforderten Qualifikation; die Verwaltungen tragen starke Momente der Laienverwaltung an sich (niedrige Eingangsvoraussetzungen); die materiellen Privilegierungen sind vergleichsweise sehr gering. Vollständig ungeklärt ist die Stichhaltigkeit der verbreiteten These von der »Verselbständigung« bürokratischer Herrschaft.

4. Wird in den skizzierten Konzeptionen über den Rahmen der sozialen Gruppe hinausgegangen und der Zusammenhang von Gruppe (Elite) und Sozialstruktur angesprochen, so geraten entweder nur weitere Gruppen (Referenzgruppen etc.) ins Blickfeld oder es werden Rekrutierungsprozesse beschrieben.[49]

Die Existenz einer Klassenherrschaft in den sozialistischen Ländern ist *nicht* aus der sozialen und politischen Zusammensetzung von Regierungen auf positions-, entscheidungsanalytischem oder einflußtheoretischem Weg zu erschließen, ebensowenig übrigens durch den Hinweis auf die soziale Herkunft derjenigen, die unmittelbar die Regierungsgeschäfte ausüben, wie dies häufig in der DDR-Literatur

geschieht. Auch eine weitergehende soziale Identifizierung entsprechender sozialer Gruppen greift zu kurz. Das Theorem von der »Herrschaft der Arbeiterklasse« besagt, was meist übersehen wird: die Arbeiterklasse ist die erste Klasse in der Geschichte, die in der und durch die Produktion herrscht. *Sie arbeitet und* schafft den gesellschaftlichen Reichtum und sie *herrscht zugleich* und entscheidet über die Produktion und Verwendung des produzierten gesellschaftlichen Reichtums. Die Überprüfung dieses Theorems macht es also notwendig, von einem gewohnten sinnlichen Augenschein Abstand zu nehmen: das Bürgertum arbeitet nicht als Klasse; daß seine Angehörigen in der sozialen Hierarchie »oben« stehen und die Angehörigen der Arbeiterklasse »unten«, ist schnell sichtbar. In einer sozialistischen Gesellschaft gilt, daß die Arbeiterklasse *zugleich »oben« und »unten«* ist, Leitungs-, Planungs- und Verwaltungsfunktionen übernimmt, die bisher sozial und politisch bei der bürgerlichen Klasse konzentriert waren, und zugleich — wie in der kapitalistischen Gesellschaft — produktive Funktionen im materiellen Produktionsprozeß vollzieht. Die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse schließt nicht aus, daß einzelne Gruppen politische, soziale und ökonomische Funktionen ausüben. Auch wenn der Begriff »Klasse« mehr meint als eine Summe von Individuen und Gruppen — nämlich die Verhältnisse der Menschen zueinander und zu den Mitteln der Produktion — so wird dieser Sachverhalt *unmittelbar sichtbar* nur durch das *Verhalten* der Individuen und das Agieren sozialer Gruppen. *Wie anders als durch das Handeln und Verhalten von sozialen Gruppen und Individuen soll sich das soziopolitische Verhältnis der Klassenherrschaft zeigen und verwirklichen?* Die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse fordert daher zu fragen, ob diese Personen als Klassenindividuen handeln oder ob diese Gruppen als Teil oder im Auftrag einer sozialen Klasse handeln und einen Teilbereich der gesellschaftlichen Arbeit leiten, verwalten, planen oder koordinieren. Wer den Tatbestand einer Klassenherrschaft bestreitet, hätte also nachzuweisen, daß Personen oder soziale Gruppen ihr gesellschaftliches Handeln jenseits der sozialen Klasse des Proletariats vollziehen, sei es von vornherein, sei es auf dem Wege der oftmals erwähnten »Verselbständigung«. Eine solche Untersuchung wird zentral eine Analyse der sozialen Funktion dieses Handelns — also des sozialen Inhalts und der gesellschaftlichen Herkunft der so realisierten Politiken — einschließen müssen. Wird die Gültigkeit des Theorems von der »Verselbständigung« angenommen, so werden Triebkräfte, ökonomische Wurzeln und Klassencharakter eines solchen Vorgangs überprüft werden müssen. Auch hier darf keine Übertragung von Ursachenerklärungen politisch-sozialer Verselbständigungsprozesse in

bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften auf sozialistische Gesellschaftsordnungen vorgenommen werden. Ebensowenig kann das bloße Interesse einer sozialen Gruppe an der Sicherung ihrer Existenz und der Reproduktion ihrer Privilegien, Funktionen und Herrschaftschancen als Erklärungsgrund für Verselbständigungsprozesse hinreichen, die über eine »normale« Verselbständigung von Sozialzusammenhängen innerhalb des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung hinausgehen.

Andernfalls freilich wäre zu akzeptieren, daß in den sozialistischen Ländern eine auf Kollektiveigentum beruhende arbeitsteilige Realisierung von Herrschaftsfunktionen vorliegt, die sich als individuelles Handeln oder Agieren spezialisierter Sozialgruppen darstellt und weder die Entstehung hierarchischer Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Teilen der Klasse (z.B. zwischen Leitungsfunktionären und produktiven Arbeitern) oder Angehörigen anderer Sozialgruppen und Teilen der Arbeiterklasse (z.B. Intelligenz und Angestellte) noch eine Vergesellschaftung solcher Funktionsdifferenzierungen und eine sukzessive, teilweise Aufhebung solcher Arbeitsteilungen ausschließt.[50]

Schlußbemerkung

Die ausführliche Diskussion des Problems der »Herrschaft der Arbeiterklasse« sollte an einem zentralen Problem andeuten, welche Orientierung eine materialistische Sozialismusforschung in der BRD einzuschlagen hat, wenn sie die eingangs geschilderte *kognitive Regression* auf Problemformulierungen und -lösungen bürgerlichen Typs nicht mitmachen will. Sie hat zu den verschiedensten Themenbereichen wie Lage der Frauen, Landwirtschaft, Wirtschaftssystem, Kulturpolitik, sozialistische Demokratie, Arbeits- und Lebensbedingungen, Bildungs- und Wissenschaftssystem verschiedene Untersuchungen vorgelegt:[51] Verstärkt wird die neue Rolle der gesellschaftlichen Arbeit analysiert werden müssen; die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen unter den Bedingungen eines sich ausprägenden sozialistischen Produktivkraftsystems und einer systemspezifischen materiell-technischen Basis des Sozialismus wird ebenfalls verstärkt untersucht werden müssen. Eine solche Analyse wird Widersprüche, die womöglich sehr wenig mit einem »Idealbild« vom Sozialismus zu tun haben, auf der Basis einer historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie beschreiben und zu erklären versuchen. Angesichts der weit verbreiteten Vorurteile über die Praxis einer marxistischen Sozialismusforschung in der BRD, deren theoretisches Konzept nicht die Funktion einer apriori-Abgrenzung ausüben will, muß dabei ausdrücklich eine Selbst-

verständlichkeit hervorgehoben werden: es kann weder der demokratischen noch der Arbeiterbewegung vor allem in der BRD noch einer materialistischen Gesellschaftswissenschaft nützen, wenn solche Widersprüche verschleiert werden — auch dann, wenn sie aufgrund spezifischer innerwissenschaftlicher oder soziopolitischer Bedingungen in der Wissenschaft der sozialistischen Länder nicht oder in einer Weise verarbeitet werden, die der spezifischen nationalen Tradition der Gesellschaftswissenschaft in den jeweiligen Ländern entspricht und der unsrigen womöglich widerspricht. Ebenso natürlich wäre es daher falsch, in dieser Gesellschaftswissenschaft der sozialistischen Länder mehr zu sehen als eine, wenngleich aufgrund ihres beträchtlichen Standards außerordentlich gewichtige Entwicklungsbedingung einer marxistischen Sozialismusforschung in der BRD. Sie wird sich freilich auch nicht davor scheuen dürfen, die grundsätzlich neue Qualität des Gesellschaftssystems dieser Länder begründet darzulegen und zu zeigen, wo in diesen sozialistischen Ländern in historisch kurzer Frist Probleme gelöst worden sind, zu deren Bewältigung kapitalistische Gesellschaftsordnungen auf Kosten der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Bürger außerstande sind. Gelingen solche begründeten Nachweise, so trägt eine solche Darstellung dazu bei, die Notwendigkeit und Möglichkeit einer sozialistischen Veränderung in der BRD zu verdeutlichen.

Anmerkungen

1 Vgl. neue kritik 27 (1964) S. 16—20.

2 Dazu vgl. Dieter Bergner, Reinhard Mocek: Bürgerliche Gesellschaftstheorien. Studien zu den weltanschaulichen Grundlagen und ideologischen Funktionen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen, Berlin 1976 S. 26ff., 203ff.; Karl-Heinz Röder, Wolfgang Weichelt: Das Dilemma des Antikommunismus in der Staatsfrage, Frankfurt 1974 S. 39ff.; Günther Rose: »Industriegesellschaft« und Konvergenztheorie, Berlin 1971; Witold Morawski: An Analysis And Critique Of The New Industrial Society Conceptions, in: Dialectics And Humanism 2/1977 S. 165—183.

3 Vgl. neue kritik 40 (1967) S. 37—47. Die folgenden Zitate hieraus.

4 Vgl. das Protokoll der 20. o. DK des SDS v. 14.—17. 10. 1965, Frankfurt 1965 S. 4 u. S. 8.

5 So erklärte P. Gäng bereits auf dem Deutschlandseminar: »Am Beispiel Vietnam würde dies nämlich heißen: Es kommt der Sowjetunion durchaus zugute, wenn die USA einen möglichst langdauernden und kostspieligen Krieg in Vietnam führen, während die UdSSR gleichzeitig mit den USA zu einem Verhältnis kommt, das es der Sowjetunion gestattet, die Rüstung einzuschränken«, neue kritik 40 S. 40.

6 Herbert Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied-Berlin 1964 S. 89f.

7 Karl Marx: Über P.-J. Proudhon (Brief an J. B. v. Schweitzer), in: MEW Bd. 16 Berlin 1962 S. 25—32, hier: S. 27.

8 Vgl. Max Horkheimer: Autoriäter Staat (1942), in: ders.: Gesellschaft im Übergang, Frankfurt 1972 S. 13 ff.

9 Vgl. vor allem die Darstellungen in Praxis 2—3/1965 S. 151—402.

10 Elmar Altvater: Rationalisierung und Demokratisierung — Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus, in: Das Argument 39 (1966) S. 265—289, hier: S. 289.

11 Elmar Altvater, Christel Neusüss: Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: neue kritik 51—52 (1969) S. 19—51, hier: S. 51. Nicht unerwähnt bleiben sollen aber die Untersuchungen von Lorenz, Schmiederer, Brügmann, Schmucker, Meyer in der neuen krtik 45 (1967) und von Schmid in Das Argument 39 (1966), die gemeinsam mit der erstgenannten Arbeit Altvaters als erste umfangreichere materialistische Sozialismusanalysen oder zumindest also solche Arbeiten gelten können, die allein von ihrer gründlichen Materialerarbeitung gängige bürgerliche Konzeptionen kritisch überwanden.

12 Vgl. P. Saß: Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der DDR, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1968 bes. S. 26; Güdemi Tezcan: Das Neue Ökonomische System der DDR als Demokratisierung einer geplanten Wirtschaft und Gesellschaft oder Formwechsel der Herrschaft? Das System der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens, Diss. FU Berlin 1974 S. 219f. u. S. 241; Hans-Dieter Feser: Planung, Bürokratie und Sozialismus, Diss. Regensburg 1976 S. 146; Renate Damus: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt 1973 etwa S. 174ff.; Wlodzimierz Brus: Sozialisierung und politisches System, Frankfurt 1975 etwa S. 179ff.

13 Vgl. Dokumente der 23. o. DK des SDS vom 12.—16. 9. 1968, Frankfurt 1968 S. 34ff.; durchaus entgegengesetzt das vom SDS Köln herausgegebene Heft facit 10—11/1967 mit dem Titel »50 Jahre Roter Oktober«, das den antileninistischen Charakter derartiger Sozialismuskritik hervorhob.

14 Rossana Rossanda: Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken, in: Kursbuch 30 (1972) S. 1—34, hier: S. 29f.

15 Charakteristisch für die damalige politökonomische Diskussion waren etwa: Philipp Neumann: Der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation«. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR, in: Kursbuch 23 (1971) S. 96—144; Udo Freier, Paul Lieber: Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR, Frankfurt 1972; C. Bettelheim, M. Dobb u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969; Walter Lindner: Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsreformen in der DDR und der CSSR, Erlangen 1971; Jiri Kosta u.a.: Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt 1973; P. Bremer: Warenproduktion und Sozialismus, in: P. Hennicke: Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973 S. 126ff.

16 So der Titel des Buches von Philipp Neumann, Berlin 1973. Es handelt sich hier übrigens um ein wahres Monument und Leuchtfeuer maoistischer »Wissenschaft«: allein der Abschnitt »Das Problem der Warenproduktion im Sozialismus« weist auf 9 Seiten mit 21 Anmerkungen 28 (in Worten: achtundzwanzig!) Zitationsfehler auf. Verfälschungen finden sich u.a. auf S. 22f., 33, 50, 57, 58, 60, 80, 196, 125, 141, 144.

17 Zu Neumann vgl. im übrigen Karl-Heinz Götze, Jürgen Harrer: Anmerkungen zu einer Kursbuch-Polemik gegen die politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, in: Das Argument 68 (1971) S. 810—850 und Volker Gransow: Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus, in: Sozialistische Politik 11 (1971) S. 109—111.

18 Dabei handelt es sich vor allem um eigenständige Theorietraditionen von trotzkistischer, linkssozialistischer oder revisionistischer Seite aus (»revisionistisch« meint hier nur jene Positionen, die sich teilweise in der CSSR, der VR Polen und auch der DDR Ende der sechziger Jahre bildeten). Eine wichtige Rolle von maoistischer Seite aus spielte Charles Bettelheim: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970.

19 Zuletzt M. P. Buddeberg: Wer herrscht in den »nachkapitalistischen« Gesellschaften und warum? in: Probleme des Klassenkampfes 22 (1976) S. 125—148. Hinsichtlich der UdSSR ist die Diskussion wesentlich differenzierter und auch stärker an eigenständige, politisch profilierte Theorietraditionen gebunden; in diesem kurzen Überblick muß diese Diskussion vernachlässigt werden.

20 Vgl. Rainer Rilling: Der Kommunismus, der 17. Juni 1953 und die ziemlich unmarxistische Verfremdung derselben durch Rudi Dutschke, in: rote blätter 32 (1975) S. 54—57.

21 Zu den letztgenannten vgl. beispielhaft Klaus von Beyme: Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, München 1975 (dazu meine Besprechung in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1976 S. 582—589) und Rüdiger Thomas: Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation, München-Wien 1977.

22 Vgl. Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung: Demokratischer Kampf für den Sozialismus, in: Das Argument 105 (1977) S. 661—671.

23 Ebd., S. 662; vgl. dazu Viggo Graf Blücher: Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Veröffentlichungen von infratest, Stuttgart 1959 S. 21ff. und Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974 S. 89ff. zur Einschätzung der DDR. Die Daten widersprechen diesen Behauptungen.

24 Malte C. Krugmann, Hermann Rotermund: Thesen zu den Bedingungen einer sozialistischen Strategie in Großbritannien, in: Reader zum AWA-Seminar (Westberlin 1977) S. 27—41, hier: S. 39. Was hier im übrigen an Aussagen unter dem Anspruch marxistischer Erklärungskompetenz neuerdings entwickelt wird, hat vor Jahren bereits ausgeführt Iring Fetscher: Historische Voraussetzungen des Sozialismus, in: Praxis 1—2/1966 S. 151—158, hier: S. 155f.: »1. Der Reifegrad der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft schien Lenin im Ganzen — d.h. im Weltmaßstab — längst erreicht zu sein. In den hochindustrialisierten Staaten der Erde (wie Großbritannien, USA, Deutschland, Frankreich, Belgien) waren auch nach seiner Überzeugung längst die objektiven Bedingungen für eine proletarisch-sozialistische Revolution gegeben . . . er vermochte — mit Hilfe der Imperialismustheorie — die Marxsche Konzeption mit der Perspektive des Ausbruchs der Revolution in einem relativ sehr rückständigen Agrarland wie Rußland zu rechtfertigen . . . 2. Da in den Ländern an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems das Industrieproletariat keine hinlänglich starke soziale Gruppe war, konnte die Revolution nur dann Chancen haben, wenn es einer revolutionären Elite gelang, heterogene Gruppen, die sämtlich mit dem politischen und sozialen status quo unzufrieden waren, auf dieses eine Ziel hin zu lenken. Damit war gleichsam die »Notwendigkeit« des »Ersatzes« des Industrieproletariats durch eine »Partei neuen Typs« gegeben, welche es sich zur Aufgabe macht, aus Kleinbürgern, Bauern und Intellektuellen »Massen« für die Revolution zu rekrutieren, und die (zumindest der Funktion — bald aber auch ihrem Selbstverständnis nach) an die Stelle der revolutionären Klasse tritt. . . 3. . . das revolutionäre Klassenbewußtsein kann und muß nicht in einem großen Industrieproletariat lebendig sein, es genügt, wenn es in der politischen Elite, der »Partei neuen Typs« Gestalt gewonnen hat. Es löst sich aber damit das politische Klassenbewußtsein von seinem sozialen Substrat ab und wird zur auszeichnenden Eigenschaft einer Führungsansprüche erhebenden Minorität. . . Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß gerade der »Sieg« des Sozialismus in dem rückständigen Rußland den Chancen der sozialistischen Revolution in den westlichen Industriestaaten mehr geschadet als genützt hat.«

25 Vgl. dazu den Beitrag von Florence Hervé in diesem Band.

26 Von der anschwellenden Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung, mit der die FAZ das rund eine Woche nach dem Parteitag verkündete sozialpolitische Programm zu erklären wußte (gegen die sich die Parteiführung trotz allen Widerstrebens nicht mehr durchsetzen konnte), hatte der kluge Kopf in der Woche zuvor noch nichts bemerkt.

27 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED. Berichterstatter: Erich Honecker, in: Protokoll der Verhandlungen

des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1 Berlin 1976 S. 31—151, hier: S. 32.

28 Vgl. Paul H. B. Godwin: Communist Systems and Modernization: Sources of Political Crises, in: Studies in Comparative Communism 1—2/1973 S. 107—134; John H. Kautsky: Comparative Communism Versus Comparative Politics, ebd. S. 135—166; Walter D. Connor: Revolution, Modernization, and Communism, in: Studies in Comparative Communism 4/1975 S. 389—396; Kenneth Jowitt: Inclusion and Mobilization in European Leninist Regimes, in: World Politics 1/1975 S. 69—96; Gerhard Lenski: Macht und Privileg, Frankfurt 1973; Wolfgang Zapf: Soziologische Theorie der Modernisierung, in: Soziale Welt 2/1975 S. 212—226; Hans Ulrich Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

29 Vgl. z.B. Kenneth Jowitt: The Concepts of Liberalization, Integration, and Rationalization in the Context of East European Development, in: Studies in Comparative Communism 2/1971 S. 78—91, und zahlreiche Beiträge in: Reinhard Crusius, Manfred Wilke (Hg.): Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt 1977; für die DDR vgl. Hermann Weber: DDR. Grundriß der Geschichte 1945—1976. Hannover 1976.

30 Waltraut Falk, Jörg Roeseler: Gedanken zum Verhältnis von Zentralismus und Demokratie in der Wirtschaftsführung der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969/III S. 87ff.; vgl. ders.: Einige methodologische Probleme der wirtschaftshistorischen Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969/IV S. 27ff. und zum Gesamtproblem die hervorragende Studie ebenfalls von Jörg Roesler: Die Herausbildung der Sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978.

31 Nähere Materialien zum Gesamtproblem in: Rainer Rilling (Hg.): Sozialismus in der DDR. Materialien und Dokumente. Köln 1978.

32 Jörg Roesler: Erfordernisse der Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben der Wirtschaftsplanung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4/1976 S. 24.

33 Vgl. Rilling, Sozialismus in der DDR, Kap. V.

34 Vgl. Roesler, ebd.; Heinz Heitzer: Partei, Arbeiterklasse, Massenaktivität in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10/1977 S. 1239—1256.

35 Vgl. etwa Crusius, Wilke, a.a.O.

36 Egon Ernest Bergel: Social Stratification, London 1962 S. 231; Bernard Barber: Social Stratification. A comparative Analysis of Structure and Process, New York u.a. 1969 S. 86f.

37 Vgl. etwa Jowitt, Inclusion, a.a.O.; William A. Welsh: Elites and Leadership in Communist Systems: Some New Perspectives, in: Studies in Comparative Communism 1—2/1976 S. 162—186; Joseph LaPalombara: Monoliths or Plural Systems: Through Conceptual Lenses Darkly, in: Studies in Comparative Communism 3/1975 S. 305—332; John M. Starrels: Comparative and Elite Politics, in: World Politics 1/1977 S. 130—142; Kurt Sontheimer, Wilhelm Bleek: Die DDR, Hamburg 1975, S. 140ff.; zu den gesellschaftstheoretischen Grundlagen dieser Position vgl. besonders Bernd P. Löwe: Klassenkampf oder sozialer Konflikt? Frankfurt 1973.

38 Jowitt, Inclusion, S. 71 u. S. 72.

39 Zur Kritik vgl.: T. B. Bottomore: From the Ruling Class to the Power Elite, in: Celia S. Heller (Hg.): Structured social inequality, London 1969 S. 160—168; Malcolm Jack: Elite Theory: Ideological, Tautological, or Scientific? in: Ivor Crewe (Hg.): British Political Sociology Yearbook, Vol. 1 »Elites in Western Democracy«, London 1974 S. 264—278; Olaf Cless: Peter Christian Ludz' Beiträge zur Analyse der DDR-Gesellschaft, Staatsexamensarbeit Marburg 1974 bes. S. 70ff.; Welsh, Elites, a.a.O.

40 Vgl. Falk-Ulrich von Hoff: Mitbestimmung in der DDR und in der UdSSR, Diss. Göttingen 1973 S. 21; Feser, S. 146. Die soziologische »Prägnanz« verdeutlicht Fesers Definitionsvielfalt der Herrschaftsträger: »elitäre und bürokratische Oligarchie« (181)

»bürokratische Elite« (183) »Parteielite» (3) »Diktatur der Partei über die Klasse« (135) »Gruppe« (140) »Schicht« (146) »Staatsbourgeoisie« (146) »bürokratische Apparate« (149) »administrative Technokratie« (173).

41 Vgl. die früheren Auflagen von Sontheimer, Bleek, DDR, S. 146: »Die »Herrschaft der Arbeiterklasse« ist in der DDR wie auch anderswo die Herrschaft einer Elite. Sie hat ihren Schwerpunkt in der Intelligenz.« Ähnlich Hans Dieter Seibel: Problemlage und Schichtungssystem in der Sowjetunion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/1976 S. 212—238; Seibel hat nebenbei den Aufsatz von Seymour Martin Lipset, Richard B. Dobson: Social Stratification and Sociology in the Soviet Union, in: Survey 3 (1973) S. 114—185 streckenweise förmlich durchgepaust, dies aber sorgfältig verschleiert, damit das Plagiat in einer der führenden westdeutschen soziologischen Fachzeitschriften nicht zu deutlich wird: die Namen Lipset/Dobson werden in den 87 Anmerkungen Seibels 14mal genannt, der Aufsatz wird 23mal zitiert, hinzu kommen weitere 10 Zitationen anderer Autoren, die Seibel mit hoher Sicherheit von Lipset/Dobson übernommen hat; weit über ein Drittel des Aufsatzes ist also sprachlich aufbereitete Übernahme.

42 Vgl. Feser, a.a.O.

43 Vgl. Egbert Jahn: Kommunismus — und was dann? Hamburg 1974, etwa S. 94: »Aus der Verschmelzung der revolutionären mit der reformistischen Arbeiterbürokratie und dieser mit der zaristischen Staatsbürokratie sowie mit den Ansätzen einer bürgerlichen Kapitalbürokratie ging die einheitliche, moderne Sowjetbürokratie hervor«. Wohin man blickt: überall Bürokratien.

44 Vgl. Reinhard Bendix: Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt 1960 Kap. IV; Jochen Bernhard Buchholz: Selbstbestimmung der Arbeitnehmer im Sozialismus? Eine vergleichende Untersuchung der Stellung und der Einflußmöglichkeiten der Werktätigen in den sozialistischen Systemen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik, Diss. Bonn 1975, S. 17; vgl. auch Jaroslav Krejci: Classes and Elites in Socialist Czechoslovakia, in: Bernard Lewis Faber (Hg.): The Social Structure of Eastern Europe, New York 1976 S. 143—166.

45 So die maoistischen Publikationen.

46 Am interessantesten und mit der weitaus besten Begründung vgl. Hansgeorg Conert, Wolfgang Eichwede: Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, Hannover 1976 S. 43ff. Vgl. auch Maria Hirszowicz: Is There A Ruling Class In The Ussr? — A Comment, in: Soviet Studies 2/1976 S. 262—273. Eine frühe »revisionistische« Position bei Wlodzimierz Weselowski: Strata and Strata Interest in Socialist Society. Toward A New Theoretical Approach, in: Heller, S. 465—477.

47 Tezcan spricht von jenen, die »sich als Bürokratie mit eigenständigen, an der eigenen Reproduktion orientierten und damit der sozialistischen Fortentwicklung entgegengesetzten Interessen darstellen« (28); Feser schreibt gar: »Die Bürokratie und noch mehr die KPdSU entwickeln naturbedingt (!! — R. R.) ein hohes Interesse daran, ihre Privilegien und damit den Status quo der Machtverteilung aufrechtzuerhalten« (138); die Planung sei »der Interessenausdruck einer von der Gesellschaft isolierten, auf eigene Machterhaltung und Privilegien ausgerichteten Gruppe« (140).

48 Bálint Balla: Kaderverwaltung. Versuch zur Idealtypisierung der »Bürokratie« sowjetisch-volksdemokratischen Typs, Stuttgart 1972 S. 12; vgl. dazu auch: René Ahlberg: Die sozialistische Bürokratie, Stuttgart 1976.

49 Vgl. etwa Jürgen Wurster: Herrschaft und Widerstand. Theorien zur Zirkulation regierender Eliten, Tübingen 1970. Für die »Bürokratietheoretiker« ist LaPalombaras höhnisches Verdikt recht zutreffend, »that instantaneous academic stardom can be reached by persons who discover that public policies (foreign or domestic) do not spring full-blown and Jovelike from the brows of dictators, presidents, secretaries of state, or even a handful of party oligarchs. We are now treated to a growing avalanche of writing depicting a variety of »bureaucratic models« of policymaking, most of them adding up to the rediscovery of what

an earlier generation of political scientists, however hobbled by legalism and formalism, lerned in knee-pants.« (S. 311). Vgl. dazu neuerdings Gert-Joachim Glaeßner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Köln 1977.

50 Dabei geraten notwendig die Produktionsverhältnisse ins Blickfeld, welche bestimmen, welche sozialökonomische Positionen die Menschengruppen — insbesondere die Klassen — bei der Erzeugung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einnehmen. Konflikte und politische Auseinandersetzungen müßten unter Berücksichtigung der widersprüchlichen Struktur sozialistischer Gesellschaftsordnungen untersucht werden; es wäre falsch anzunehmen, daß solche Konflikte notwendig darauf verweisen, daß die sozialistischen Länder Übergangsgesellschaften seien, in denen kapitalistische und kommunistische Produktionsweise miteinander im antagonistischen Widerspruch stehen, wie dies etwa entwickelt Grahame Lock: Humanismus und Klassenkampf in der kommunistischen Geschichte, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/1976 S. 178—197; vgl. dazu Gottfried Stiehler: Widerspruchsdialektik und Gesellschaftsanalyse, Berlin 1977; Dialektik im Sozialismus. Ausgewählte Beiträge, Berlin 1976; Autorenkollektiv: Karl Marx' Lehre von den Produktionsverhältnissen, Berlin 1977; Hans Erdmann u.a.: Ökonomie und Moral im Sozialismus, Berlin 1975 Abschnitt 1.2. »Widersprüche in den materiellen Verhältnissen als Triebkraft der Moralentwicklung im Sozialismus«.

51 Vgl. u.a.: A. Hartmann u.a.: BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971; Autorenkollektiv Frankfurt: Probleme sozialistischer Kulturpolitik am Beispiel DDR, Frankfurt 1974; Volker Gransow: Kulturpolitik in der DDR, Berlin 1975; Katharina Hanstein: Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, Köln 1974; Gert Meyer (Hg.): Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband, Köln 1976; ders.: Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921—1923, Köln 1974; Heiko Haumann: Beginn der Planwirtschaft. Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands 1917—1921, Düsseldorf 1974; ders.: Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion, Köln 1977; Rainer Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt 1975; ders., Sozialismus in der DDR, Köln 1978; Jutta Menschik, Evelyn Leopold: Gretchens rote Schwestern, Frauen in der DDR, Frankfurt 1974; Hans Immler: Agrarpolitik in der DDR, Köln 1971 sowie zahlreiche Aufsätze in den Zeitschriften »Deutschland-Archiv«, »Das Argument«, »Sozialistische Politik«, »Blätter für deutsche und internationale Politik«.